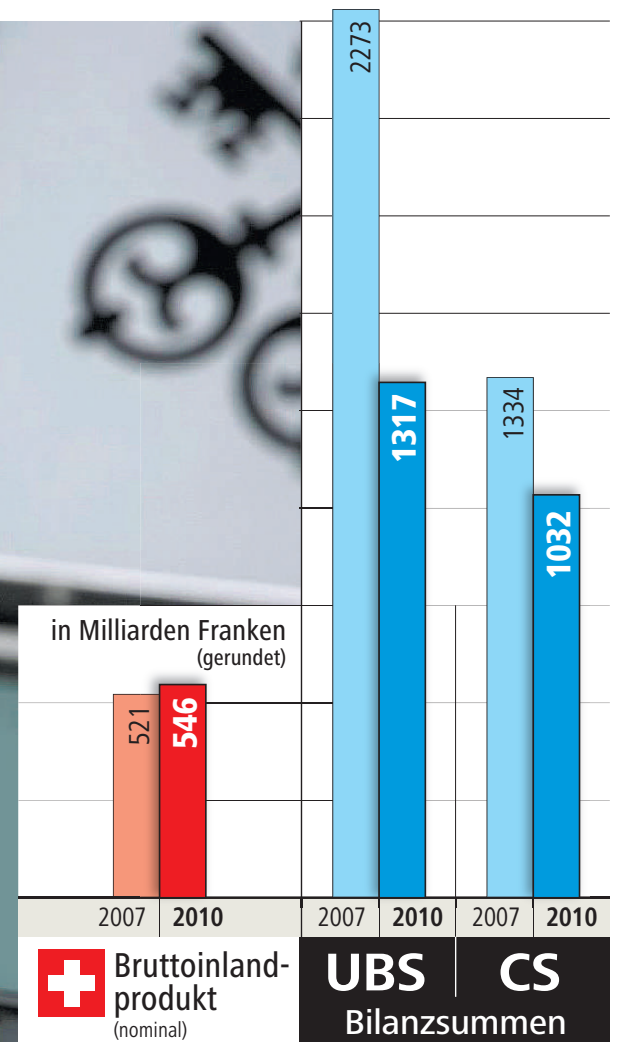




## Too big to fail – die wichtigsten Punkte der Vorlage

- **Stärkung der Eigenmittelbasis**  
Schweiz: 19 Prozent; International: 10,5 Prozent
- **Strengere Liquiditätsanforderungen**
- **Bessere Risikoverteilung**
- **Organisatorische Massnahmen,**  
die eine Weiterführung von systemrelevanten Funktionen (z. B. Zahlungsverkehr) bei drohender Insolvenz gewährleisten.

Grafik: Oliver Marx  
Quellen: Seco, UBS, CS



# «Zweiter Fall UBS ist nicht vom Tisch»

Martin Janssen, je weiter weg ein Ereignis ist, desto mehr gerät es in Vergessenheit. Gilt das auch für die staatliche Rettung der UBS vor knapp 3 Jahren?

**Martin Janssen\*:** Das Unbehagen in der Öffentlichkeit hat sich natürlich verflüchtigt. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass die Eidgenossenschaft mit ihrem Engagement Geld verdient hat und dass auch die Nationalbank möglicherweise mit Gewinn abschliessen wird. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass der Markt in jenem Zeitpunkt davon ausgegangen ist, dass sich ein Investment in die UBS nicht auszahlen wird. Abgesehen vom grossen Kollateralschaden, der abgewendet werden konnte, hatten Bund und – gegebenenfalls – Nationalbank ganz einfach Glück.

**Die Bilanzsumme der UBS beträgt nicht mehr das Vierfache der Wirtschaftsleistung unseres Landes, sondern nur noch das Doppelte. Wie stark haben sich dadurch die Risiken für die Schweizer Volkswirtschaft verringert?**

**Janssen:** Die Schweizer Grossbanken haben ihre Bilanzen seit der Krise erheblich verkürzt. Das wirtschaftliche Umfeld aber bleibt labil. Besonders in Europa haben grosse Banken weiterhin zu wenig Eigenkapital. In Verbindung mit den hoch verschuldeten Staaten bildet das ein gefährliches Gemisch. Sollte nochmals eine Bankenkrise ausbrechen, können die Staaten eine neuerliche Rettung der Banken nur unter grössten Problemen durchziehen. Spätestens in zwei oder drei Jahren, wenn der 700 Milliarden Euro schwere Rettungsschirm der Eurostaaten kein Geld mehr hat, dürfte die Situation ungemütlich werden. Die Risiken des wirtschaftlichen Umfelds haben also eher zu- als abgenommen.

**Der Ständerat diskutiert ein Massnahmenpaket, das unsere Wirtschaft besser vor einer künftigen Schieflage der Grossbanken schützen soll. Gerne wird hier der Verweis zu Island gemacht, das ein Bankenkollaps an den Rand des Bankrotts gebracht hat. Ist das statthaft?**

**Janssen:** Übers Ganze betrachtet, sind die Risiken vergleichbar; im Detail natürlich nicht. Risiken sind eben Risiken, weil wir sie im besten Fall mit Hilfe statistischer Aussagen beurteilen können. Vielleicht sind es aber Unsicherheiten, über die wir gar nichts wissen. Und solche Unsicherheit gibt es nicht nur bei Kernkraftwerken, sondern auch bei grossen Banken.

**Was für Unsicherheiten meinen Sie?**

**Janssen:** In der letzten Krise, beispielsweise, wurden scheinbar risikolose Hypothekaranlagen praktisch über Nacht zu Schrottpapieren. Man hat also

Das Too-big-to-fail-Paket kann dazu beitragen, dass die nächste Finanzkrise die Schweizer Grossbanken später erreicht. Bei einer Schieflage einer ausländischen Bank könnten sie aber weiterhin in den Abwärtsstrudel gezogen werden, sagt ein Experte.

INTERVIEW HANS-PETER HOEREN  
hans-peter.hoeren@luzernerzeitung.ch

feststellen müssen, dass man über Dinge, die man glaubte beurteilen zu können, gar nichts wusste. Solche Fehlurteile können und werden in der Zukunft wieder passieren.

**Lässt sich mit dem jetzt diskutierten Massnahmenpaket ein zweiter Fall UBS verhindern?**

**Janssen:** Die Gefahr, dass so etwas noch mal passieren kann, wird dadurch kleiner. Sie ist aber nicht vom Tisch. Es ist aber auch nicht der Sinn der Sache, dass die Banken künftig überhaupt keine Risiken mehr nehmen dürfen. Das Bankgeschäft ist mit Risiko versehen, und das ist einer der Gründe, warum man mit diesem Geschäft Werte schaffen kann. Ich halte das Massnahmenpaket der Expertenkommission insgesamt für sinnvoll.

**Warum genau?**

**Janssen:** Interessant ist die Idee, dass die Banken einen Teil der Eigenmittel über CoCos beschaffen können. Das ist Fremdkapital, das im Falle einer Krise der Bank automatisch in Eigenkapital umgewandelt wird. Die Bank muss also

nicht in Konkurs gehen, bevor diese Obligationen zu Aktien werden. Das geschieht schon, wenn gewisse Kapitallimits unterschritten werden. Dann bleibt immer noch Geld, um die Bank oder mindestens Kernbereiche zu retten.



«UBS und CS werden wegen des Massnahmenpakets keinen tieferen Gewinn ausweisen.»

MARTIN JANSSEN

**Welche Risiken bleiben denn noch?**

**Janssen:** Ich sehe vor allem zwei Punk-

te: Zum einen wird das Verhalten des Managements der Banken durch diese Massnahmen nicht wirklich verändert. Wie wird, beispielsweise, sichergestellt, dass die Banken das erhöhte Kapital nicht für die Übernahme noch höherer Risiken einsetzen werden? Zum anderen sind unsere Grossbanken, selbst wenn das Too-big-to-fail-Paket unter Dach ist, nicht vor einer Krise schlecht kapitalisierter ausländischer Banken geschützt.

**Wie meinen Sie das konkret?**

**Janssen:** Die stärkere Eigenkapitaldecke hilft den Schweizer Banken eigentlich nur dann, wenn der grosse Verlust nur bei den Schweizer Banken anfällt. Geraten ausländische Grossbanken, die möglicherweise viel weniger Eigenkapital haben als unsere beiden Grossbanken in Schieflage, dann kann nicht ausgeschlossen werden, dass wegen der internationalen Vernetzung auch CS und UBS in diesen Abwärtsstrudel geraten. Es ist denkbar, dass unsere beiden Grossbanken unter dem Strich dann einfach nur der Krise länger trotzen und am Schluss viel mehr Eigenkapital verlieren als ihre ausländischen Konkurrenten.

**Wie realistisch ist es, dass eine ausländische Grossbank in eine Schieflage gerät?**

**Janssen:** In den USA und in Grossbritannien arbeitet man an schärferen Organisationsmassnahmen und Eigenkapitalvorschriften. Sorge machen mir Länder wie Italien, Spanien, Deutschland und Frankreich. Viele dieser grossen Banken sind ebenfalls too big to fail. Und die meisten sind schlechter kapitalisiert als CS und UBS. Angesichts der Schuldenlage vieler Staaten ist das eine bedrohliche Kulisse.

**Die Schweizer Banken müssen künftig deutlich mehr Eigenkapital vorhalten. Wie stark leidet darunter ihre Wettbewerbsfähigkeit?**

**Janssen:** Den Schweizer Banken entsteht durch die verschärften Eigenmittelvorschriften bei normalem Geschäftsgang kein Schaden. Zum einen zeigen kleine Kantonal- und Regionalbanken, wie man mit viel Eigenkapital schöne Gewinne schreiben kann. Es wäre doch gelacht, wenn die Grossbanken das nicht auch könnten. Zum anderen erhöht mehr Eigenkapital das Vertrauen in die Grossbanken. Das wird sich rasch in einem tieferen Fremdkapitalzins niederschlagen. Ich glaube nicht, dass CS und UBS wegen des Pakets einen tieferen Gewinn ausweisen werden.

**Die Schweiz gilt als Vorbild punkto Bankenregulierung. Was kann sie tun, damit andere Staaten ihr folgen?**

**Janssen:** Die Situation hat etwas mit der Huhn-Ei-Problematik zu tun. Jemand muss mit gutem Beispiel vorangehen. Die Schweiz hat mit ihren übergrossen Banken einen guten Grund, den ersten Schritt zu tun. Ich glaube, dass die Schweiz ihre Aufgabe gut erledigt: bei der Mitarbeit in der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, bei Auftritten von Vertretern der Nationalbank, der Finma und des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen und nicht zuletzt durch wissenschaftliche Publikationen in renommierten Zeitschriften. Ich bin überzeugt, dass die USA, das Vereinigte Königreich und andere Staaten folgen werden. Letztlich ist das ja auch in deren Interesse.

**Für wie gefährlich halten Sie Abschwächungen an dem Paket?**

**Janssen:** Es handelt sich um ein sehr gut durchdachtes Paket. Sicherlich wird es Sperrfeuer von links und rechts geben. Das Parlament würde aber einen Fehler machen, wenn es die Vorgaben verwässert. Ich bin zuversichtlich, dass dies nicht geschieht.

HINWEIS

► \* Martin Janssen (63) ist Professor für Finanzmarktökonomie am Bankeninstitut der Universität Zürich. ◀

## Ständerat verlangt höhere Eigenmittelquoten

**BERN** sda/red. Das Herzstück der Bundesratsvorlage zum Umgang mit den Risiken von systemrelevanten Grossbanken hat eine erste Hürde genommen: Der Ständerat ist gestern nach einer über vierstündigen Debatte dem Bundesrat gefolgt und will von den Grossbanken höhere Eigenmittelquoten verlangen. Aus Zeitgründen wurde die Detailberatung unterbrochen.

Der Bundesrat möchte, dass die systemrelevanten Grossbanken ihre risikogewichteten Aktiven mit gesamthaft bis zu 19 Prozent Eigenkapital unterlegen müssen. Zehn Prozent davon sollen sie in «hartem» Eigenkapital halten, das heisst etwa in einbezahlem Eigenkapital oder in Gewinnvorträgen.

Die restlichen 9 Prozent sollen die Banken über Wandelkapital aufbauen

dürfen. Solche Pflichtwandelanleihen oder CoCo-Bonds gelten als Fremdkapital. Im Krisenfall müssten sie in Eigenkapital umgewandelt werden.

Gemäss Bundesrat sollen UBS und CS diese Auflagen nicht nur auf Konzernebene erfüllen müssen, sondern auch in allen juristischen Einheiten, die systemrelevante Bereiche beherbergen. Dies gilt insbesondere fürs Stammhaus.

**Widmer-Schlumpf beschwichtigt**

Nach Berechnungen der CS führt dies unter dem Strich zu Eigenkapitalanforderungen von 25 bis 27 Prozent. Eine Minderheit um die Ständeräte Hannes Germann (SVP, Schaffhausen), Bruno Frick (CVP, Schwyz) und Rolf Schweizer (FDP, Zug) wollte das Anliegen der CS aufnehmen und dafür sorgen, dass die 19 Prozent nur auf Konzernebene gelten. Bereits damit liege die Schweiz

deutlich über den internationalen Anforderungen von Basel III. Mehr liege nicht drin, argumentierten sie.

«Es ist und war nie unsere Meinung, dass die Kapitalanforderungen über 19 Prozent zu liegen kommen», versicherte jedoch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Dies werde der Bundesrat in der entsprechenden Verordnung auch explizit festhalten. Mit 28 zu 13 Stimmen folgte der Ständerat der Finanzministerin.

Mit 30 zu 9 Stimmen lehnte der Ständerat gleichzeitig einen Minderheitsantrag der Linken ab, die eine höhere Eigenkapitaldecke forderten.

Gegen 22.45 Uhr wurde die Detailberatung unterbrochen. Sie wird voraussichtlich am Donnerstag fortgesetzt. Bis zum Unterbruch der Debatte unterstützte die Kleine Kammer jeweils die Vorschläge des Bundesrats.